



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

9. hét

2018.02.26.

ZUSAMMENFASSUNG

- **BEREITSCHAFT ZUR FAMILIENGRÜNDUNG WÄCHST STÄNDIG.** Es stimmt zuversichtlich, dass die Bereitschaft zur Familiengründung in Ungarn seit Jahren unaufhaltsam zunimmt. Ging die Freude am Kinderkriegen vor 2010 systematisch zurück, lässt sich in den jüngsten Jahren ein Anstieg beobachten. Lag die Reproduktionsrate der durchschnittlichen Kinderzahl in Familien 2011 noch bei 1,23, legte dieser Wert bis 2017 auf 1,5 zu, was einen Anstieg um 20 Prozent bedeutet.
- **DER NEUE MIGRATIONSVORSCHLAG DER EU IST INAKZEPTABEL.** Am 14. Februar stellte die bulgarische Ratspräsidentschaft den neuen Migrationsvorschlag der Europäischen Union vor, dessen Eckpunkt der sogenannte „verbindliche Verteilungsmechanismus“ ist, bei dem es sich im Wesentlichen um eine verbindliche Ansiedlungsquote ohne Obergrenze handelt. Parallel dazu stellte Viktor Orbán in Sofia die ungarische Konzeption vor, die das Schwergewicht an Stelle einer Verteilung auf den Grenzschutz legt.
- **DER WAHLKAMPF HAT BEGONNEN, DIE POLITIKER SAMMELN UNTERSCHRIFTEN.** Am 17. Februar erfolgte auch der offizielle Start zum Wahlkampf. Die Parteien hielten ihre Veranstaltungen zum Wahlkampfauftakt ab, die Jobbik und der Fidesz bereisen das Land. In den einzelnen Wahlkreisen wurde mit dem Sammeln der Unterschriften zur Empfehlung der Kandidaten begonnen. Schon haben mehrere Parteien erfolgreich die erforderliche Anzahl an Unterschriften erbracht, wobei sich das Sammeln für die Oppositionsparteien dadurch erschwert, dass sie in zahlreichen Wahlkreisen kaum über eine ausreichende Zahl an Wahlkampfhelfern verfügen.
- **UNVERÄNDERTE KRÄFTEVERHÄLTNISSE ZUM WAHLKAMPFAUFTAKT.** Die Parteien gehen mit gleichbleibenden Sympathiewerten in den offiziellen Wahlkampf, zeigt eine aktuelle Erhebung des Nézőpont-Instituts. Ausgehend von dieser Umfrage zeigen anderthalb Mal mehr Wähler Sympathien für die Regierungsparteien (im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung 40%), als für die gesamte Opposition zusammengenommen. Im linken Lager hat sich der Dreikampf zwischen MSZP-Párbeszéd sowie DK und LMP verfestigt.
- **NIEDERLAGE SOLLTE FÜR ALLE FIDESZ-KANDIDATEN EINE WARNUNG SEIN.** Zwar konnte der Fidesz seine Anhänger gut aktivieren, nachdem Zoltán Hegedűs mehr Stimmen erhielt, als István Almási einst im Herbst 2014, doch wegen des herausragenden Interesses der Oppositionsmedien war diese Nachwahl auf die Landesebene gehoben worden.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Bereitschaft zur Familiengründung wächst ständig

Es stimmt zuversichtlich, dass die Bereitschaft zur Familiengründung in Ungarn seit Jahren unaufhaltsam zunimmt. Ging die Freude am Kinderkriegen vor 2010 systematisch zurück, lässt sich in den jüngsten Jahren ein Anstieg beobachten. Lag die Reproduktionsrate der durchschnittlichen Kinderzahl in Familien 2011 noch bei 1,23, legte dieser Wert bis 2017 auf 1,5 zu, was einen Anstieg um 20 Prozent bedeutet.

Seit 35 Jahren hält der Bevölkerungsschwund in Ungarn an, doch nirgendwo in Europa gibt es auch nur ein einziges Land, wo die Bereitschaft zum Kinderkriegen ausreichen würde, um die Bevölkerungszahl im Gleichgewicht zu halten. Europa kämpft mit alternden Gesellschaften, ständig erhöht sich das durchschnittliche Lebensalter, nimmt der Anteil der älteren Menschen zu und geht die Zahl der geburtsfähigen Frauen zurück. All das erklärt auch die steigenden Zahlen der Sterbefälle.

Um diesen Prozess zu stoppen, muss die Bereitschaft zur Familiengründung gestärkt werden, deren wichtigster Indikator die Gesamtfruchtbarkeitsrate ist. Die Regierung verfolgt die Zielstellung, in Ungarn den Wert von 2,0 als Gesamtfruchtbarkeitsrate zu erreichen, mit dem die heutige Entwicklung umgekehrt werden könnte, weil diese Zahl ausreichen würde, um die Bevölkerungszahl zu halten, den Alterungsprozess der Gesellschaft abzubremsen und den Bevölkerungsschwund zu stoppen. Diese Zielstellung steht auch im Hintergrund der strategischen Familienpolitik der Regierung bzw. des Programms im soeben angelaufenen „Jahr der Familien“. Sich auf diesem Gebiet zu behaupten spielt zugleich eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Migration, nachdem Ungarn im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern jene Probleme, auf die der Westen mit einer Förderung der Einwanderung reagiert, auf dem Wege einer steigenden Reproduktionsrate lösen will.



AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Der neue Migrationsvorschlag der EU ist inakzeptabel

Am 14. Februar stellte die bulgarische Ratspräsidentschaft den neuen Migrationsvorschlag der Europäischen Union vor, dessen Eckpunkt der sogenannte „verbindliche Verteilungsmechanismus“ ist, bei dem es sich im Wesentlichen um eine verbindliche Ansiedlungsquote ohne Obergrenze handelt. Parallel dazu stellte Viktor Orbán in Sofia die ungarische Konzeption vor, die das Schwergewicht an Stelle einer Verteilung auf den Grenzschutz legt.

Das Grundprinzip des neuen EU-Entwurfs lautet „mehrstufiger Solidaritätsmechanismus“, in dem freiwillige wie verbindliche Ansiedlungen gleichermaßen enthalten sind. Gleich mehrere Punkte der Vorlage lassen sich anfechten, denn die Verteilung der Einwanderer würde begonnen, ohne dass realistische Angaben zur tatsächlichen Zahl der auf Aufnahme wartenden Personen vorliegen, so dass in dem Verteilungsprozess Angaben von 2017 zugrunde gelegt würden.

Die Verteilung der Migranten würde nach der eigens zu diesem Zweck erdachten und entwickelten Formel der „korrekten Beteiligung“ durchgeführt. Bei der „korrekten Beteiligung“ handelt es sich um eine Referenzzahl, die aus dem Bevölkerungsanteil des betreffenden Mitgliedstaates und seiner BIP-Relation zur gesamten Europäischen Union als Produkt mit sämtlichen Asylanträgen berechnet

würde. Ausgehend von diesem Mechanismus würden auf Ungarn gegenwärtig 10.518 Migranten entfallen, also bei weitem mehr, als die früher erwartete Größenordnung von tausend Migranten.

Auch der neue Vorschlag findet keine Lösung für das Problem, dass die Migranten weiterhin eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, die Wohlfahrt der europäischen Bürger und die christliche Kultur darstellen. Das Dokument verbirgt letztendlich eine verbindliche Ansiedlungsquote und wirkt stimulierend auf die Migration. Die ungarische Vorlage würde im Gegensatz dazu an Stelle der Verteilung den Grenzschutz in den Mittelpunkt der Überlegungen rücken.

Der bulgarische Ministerpräsident vertrat einen ähnlichen Standpunkt. Wie er sagte, befindet sich Europa in einer Migrationskrise, die sich mit strengen Grenzkontrollen und der Aufstellung von Zentren zur Registrierung der Asylbewerber (Hot Spots) noch in den Konfliktzonen lösen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass Bulgarien aktuell die EU-Ratspräsidentschaft führt, stellt es einen wichtigen Verbündeten unseres Landes dar, um ähnliche Bestrebungen Brüssels zur Krisenbewältigung zu bremsen und zu erreichen, dass in der nahen Zukunft Maßnahmenpaketen ein größerer Raum gewährt wird, die sich für Ungarn vorteilhafter darstellen und den Grenzschutz stärken.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Der Wahlkampf hat begonnen, die Politiker sammeln Unterschriften

Am 17. Februar erfolgte auch der offizielle Start zum Wahlkampf. Die Parteien hielten ihre Veranstaltungen zum Wahlkampfauftakt ab, die Jobbik und der Fidesz bereisen das Land. In den einzelnen Wahlkreisen wurde mit dem Sammeln der Unterschriften zur Empfehlung der Kandidaten begonnen. Schon haben mehrere Parteien erfolgreich die erforderliche Anzahl an Unterschriften erbracht, wobei sich das Sammeln für die Oppositionsparteien dadurch erschwert, dass sie in zahlreichen Wahlkreisen kaum über eine ausreichende Zahl an Wahlkampfhelfern verfügen.

In den Direktwahlkreisen werden für die Nominierung der einzelnen Kandidaten 500 Unterschriften benötigt, was für die weniger gut organisierten Parteien, die sich außerstande sehen, das gesamte Land abzudecken, eine große Herausforderung darstellt. Die 106 Kandidaten des Fidesz in den Direktwahlkreisen konnten die Anzahl der zur Nominierung erforderlichen Unterschriften bereits bis

zum 20. Februar sammeln, womit der hohe Organisationsgrad und ein das ganze Land überziehendes Netzwerk an Aktivisten der Regierungsparteien belegt werden. Der Fidesz hört mit dem Sammeln aber auch nach dem Erbringen der benötigten Anzahl an Unterschriften nicht auf, weil die Partei auf diese Weise ihre Wähler aktivieren möchte.

Die beim Sammeln der Unterschriften weniger erfolgreichen Parteien erweisen sich charakteristisch auf dem Lande als schwächer aufgestellt, wo sie in vielen Fällen keine örtlichen Verbände aufweisen können. Das Sammeln der Parteien wird noch durch jenen Faktor erschwert, dass an vielen Orten die Frage von koordinierten Rücktritten weiterhin nicht vollständig geklärt ist, zumal die Kandidaten vieler Parteien in den Wahlkreisen kaum bekannt sind. Auf jene Parteien, die also weiter Empfehlungen für ihre Kandidaten sammeln müssen, ohne über einen hohen Organisationsgrad und ein landesweit ausgebautes Netzwerk zu verfügen, wartet somit eine langwierige Werbeaktion an öffentlichen Ständen und eine Präsenz vor Ort, die enorme Ressourcen bindet.

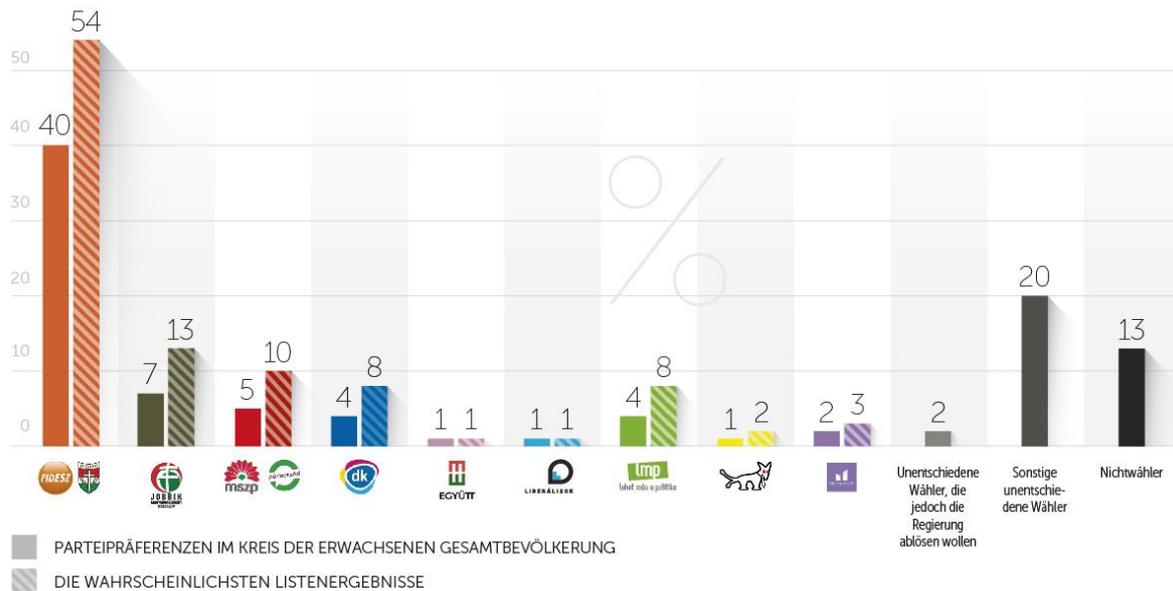
In Verbindung mit den Regierungsparteien ist es wichtig, dass Viktor Orbán mit einer Tour durchs Land unmittelbar am Wahlkampf mitwirkt, was eine große Geste gegenüber den Menschen im ländlichen Raum und für die durch seine Präsenz vor Ort unterstützten Kandidaten darstellt. Während Gábor Vona das Programm der Jobbik vorstellte, machen Ferenc Gyurcsány und seine DK auch weiterhin Wahlkampf gegen das Wahlrecht der Auslandsungarn.

Wie schwach der Zusammenschluss der Opposition ist, zeigt sich etwa daran, dass in Miskolc als unabhängiger Kandidat Zoltán Fodor aus der MSZP antreten will, obgleich sich DK und MSZP zuvor darauf verständigten, den DK-Politiker József Debreczeni zu unterstützen. Im XI. Stadtbezirk von Budapest sorgt für enorme Spannungen, dass unbeeindruckt von der Wahlverabredung zwischen MSZP und DK der aus der MSZP austretende Imre Horváth als unabhängiger Kandidat gegen den DK-Politiker László Varjú antreten will.

Unveränderte Kräfteverhältnisse zum Wahlkampfauftakt

Die Parteien gehen mit gleichbleibenden Sympathiewerten in den offiziellen Wahlkampf, zeigt eine aktuelle Erhebung des Nézőpont-Instituts. Ausgehend von dieser Umfrage zeigen anderthalb Mal mehr Wähler Sympathien für die Regierungsparteien (im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung 40%),

als für die gesamte Opposition zusammengenommen. Im linken Lager hat sich der Dreikampf zwischen MSZP-Párbeszéd sowie DK und LMP verfestigt.



Im Februar standen unverändert 40% der Befragten im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung hinter den Regierungsparteien, so dass für die Regierungsparteien anderthalb Mal so viele Menschen Sympathien zeigen, wie für die Opposition insgesamt. Die Sympathiewerte der Jobbik fielen nicht weiter zurück, befinden sich mit 7% aber noch immer auf dem Tiefpunkt, was das schlechteste Abschneiden dieser Partei während der kompletten Legislaturperiode darstellt. Für MSZP-Párbeszéd zeigen weiterhin 5% der Wähler Sympathien, die DK steht bei 4%, das Wählerlager von Együtt und Liberalen erreicht wie gehabt nur 1%. Die LMP konnte innerhalb der Fehlertoleranz um einen Prozentpunkt erstarben, so dass nunmehr 4% der Wähler Sympathien für die grüne Partei zeigen, während es die Momentum-Bewegung unverändert auf 2% und die Satirepartei des zweischwänzigen Hundes (MKKP) auf 1% bringen. Unter den noch unentschiedenen Wählern wollen derweil ganze 2% die Regierung abwählen.

Bei der Analyse der wahrscheinlichsten Listenwahlergebnisse (also der potenziellen Parteienpräferenzen der sicheren Wähler) zeigt sich, dass 54% für Fidesz-KDNP stimmen würden, was auf dieser Basis wesentlich mehr Stimmen sind, als auf alle Oppositionsparteien zusammengenommen entfallen würden. Für die Jobbik würden ganz sicher unverändert 13% der Wähler stimmen, womit diese Partei klar hinter ihrem Listenwahlergebnis von 2014 (20,7%)

zurückbleibt. Im linken Lager hält der unentschiedene Dreikampf ohne Verschiebungen in den Parteienpräferenzen an. Für die Liste MSZP-Párbeszéd würden demnach 10% der sicheren Wähler stimmen, für die DK und die LMP jeweils 8%. Im Kreis der Parteien, die nicht die 5%-Hürde zum Einzug ins Parlament meistern würden, erhielt die Momentum-Bewegung 3% der Stimmen, die MKKP 2%, Együtt und Liberale jeweils 1%.

Methodik

Die persönliche Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 3.-21. Februar 2018 mit der Befragung von 2.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer repräsentativen Auswahl von 2.000 Personen ergibt sich bei einer Zuverlässigkeit von 95% eine Fehlertoleranz von 2,2 Prozent.

Niederlage sollte für alle Fidesz-Kandidaten eine Warnung sein

Zwar konnte der Fidesz seine Anhänger gut aktivieren, nachdem Zoltán Hegedűs mehr Stimmen erhielt, als István Almási einst im Herbst 2014, doch wegen des herausragenden Interesses der Oppositionsmedien war diese Nachwahl auf die Landesebene gehoben worden.

Die rechtsgerichteten Traditionen in der Stadt sind eine Tatsache, obgleich das örtliche Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen 2014 durchschnittlich ausfiel. Dass also ein von Ferenc Gyurcsány über Gábor Vona bis hin zu den Sozialisten unterstützter Kandidat gewinnen konnte, heißt noch lange nicht, dass der Fidesz überall geschlagen werden kann. Es wäre Selbstbetrug der Opposition, diesem Ergebnis Modellcharakter zuzuschreiben. In sechs Wochen treten in nahezu allen Wahlkreisen Parteien gegeneinander an, so dass die Regierungsparteien mit mehreren gewichtigen Herausforderern rechnen dürfen. Es ist zugleich wichtig hervorzuheben, dass dieses Mal nicht überregionale Themen ähnlich der Einwanderung zur Sprache kamen, sondern örtliche Themen. Die Niederlage sollte dennoch jedem Fidesz-Kandidaten eine Warnung sein, sich vor dem 8. April nicht auf den Lorbeeren auszuruhen.

PROGNOSE

- Am 27. Februar kommt es in Budapest zu einer Demonstration wegen der Zustände im Bildungswesen.
- Am 28. Februar teilt das Zentralamt für Statistik die Arbeitsmarktdaten für den Zeitraum November 2017 bis Januar 2018 mit.
- Am 5. März endet die Frist für das Sammeln von Empfehlungen für die Aufstellung von **Kandidaten**. 500 gültige Unterschriften werden benötigt, damit ein Politiker als Kandidat im Direktwahlkreis antreten kann.